

Linke machen es sich leicht

Erwiderung auf „Rechtsbrüche in Israel“, Leserforum vom 29. Juli

Eins der Probleme mit dem Antisemitismus von rechts ist, dass die meisten Antisemiten nicht wissen, dass sie Antisemiten sind. Das ist mangelndem Reflexionsvermögen geschuldet, sonst käme es ja auch nicht zu solchen obskuren Einstellungen. Allerdings sind meines Erachtens die BDS-Befürworter von links bislang den Nachweis schuldig geblieben, dass sie keine Antisemiten sind. Es ist leicht, von der „Keule des Antisemitismus“ zu sprechen und zu behaupten, dass Israelkritik bzw. Antizionismus mit antisemitischen Einstellungen nichts zu tun habe.

Wie steht es beispielsweise mit dem Vorwurf, Israel würde gegenüber Palästinensern eine Politik der Apartheid praktizieren? Was ist damit gemeint? Wohl kaum die rechtliche Stellung der einen Million arabischen Bürger in Israel selbst, die im Vergleich zu allen Israel umgebenden Staaten an demokratischen Grundrechten partizipieren. Ist die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten gemeint, zum Teil von Israel annektiert wie z.B. Ost-Jerusalem? In der Tat gibt es hier äußerst problematische Entwicklungen, die unter anderem dem politischen Rechtsruck in Israel geschuldet sind. Allerdings gilt auch hier israelisches Recht für alle Bürger mit entsprechenden rechtlichen Verfahren beispielsweise bei Hausabrissen, von denen auch immer wieder jüdische

Siedler betroffen sind. Oder ist mit Apartheid das Autonomiegebiet unter palästinensischer Selbstverwaltung gemeint? In diesem Fall könnte der Vorwurf zutreffen, denn in diesen Gebieten dürfen und können Juden nicht leben, weil ihre Sicherheit für Leib und Leben nicht garantiert werden kann. Anders gesagt, diese Gebiete sind „judenrein“, hier herrscht extremer Rassismus oder wenn man so will Apartheid“, nur liegen die Ursachen nicht beim Staat Israel.

Selbstverständlich ist es legitim, dass sich Amos Goldberg an die deutsche Öffentlichkeit wendet und um Unterstützung für eine gerechte Konfliktlösung gegen die derzeitige israelische Regierung bittet. Aber muss dies zwangsläufig in einer Koalition mit BDS erfolgen? Große Teile der israelischen Opposition schlucken offenbar die Kröte BDS, obwohl sie teils antisemitisch ist, weil der Kampf vorankommen soll. Aber müssen das Israel-Palästina-Engagierte hierzulande ebenfalls tun? Die BDS-Befürworter sollten es sich mit dem Vorwurf des Antisemitismus nicht allzu leicht machen. Linke tun das aber immer wieder, unter anderem auch weil ja schon Karl Marx zur sogenannten Judenfrage einiges zu sagen hatte und Linke deswegen per se gar nicht antisemitisch sein können. Heinz Sigmund, Mannheim

Diskussion: frblog.de/goldberg

Organisierte Kriminalität

Hinterziehung von Umsatzsteuer: „Illegaler Ringhandel“, FR vom 9.8.

Zurückhaltend und sachlich berichtet die FR, dass die Generalstaatsanwaltschaft einen weiteren hochrangigen Ex-Angestellten der Deutschen Bank angeklagt hat und beschuldigt, mit anderen Insidern zusammen ein betrügerisches Umsatzsteuerkarussell organisiert zu haben, das den Staat in den Jahren 2009 und 2010 um Steuern in Höhe von 145 Mio. Euro betrogen hat. In dem Boulevardblatt, das uns so gerne mit großer Schlagzeile über tatsächlichen oder vermeintlichen Sozialhilfebetrug bei Flüchtlingen und Hartz-IV-Beziehern ins Bild setzt, habe ich noch keine Meldung gelesen, dass es sich hier um bandenmäßig organisierte Kriminalität von Asozialen im weißen Kragen handelt, die dem Staat skrupellos Mittel entziehen, die dringend für Aufgaben des Gemeinwesens benötigt werden.

Für 145 Mio. Euro könnte man 58 000 Menschen, die sich um die Gemeinschaft verdient gemacht haben, mit einem Preisgeld von 2500 Euro Dank sagen. Daran sollte man sich erinnern, wenn mal wieder undifferenziert zur Hatz auf die „Sozialschmarotzer“ geblasen wird. Manchmal ist es gut, den Blick zu heben: Die eigentlichen Schädlinge haben sich seit langem in den oberen Etagen der Gesellschaft eingenistet.

Hans Schinke, Offenbach

Emissionen sofort stoppen

Klimaschutz: „Was hilft – und was nicht“, FR-Tagesthema vom 23. August

Es braucht einen Klima-Churchill, der die Menschen weltweit auf Blut, Schweiß und Tränen vorbereitet. Und sie werden sich darauf einstellen.

Die Erhöhung der Durchschnittstemperatur um höchstens zwei Grad ist angesichts des Zeitfensters und der unzureichenden Maßnahmen nur noch theoretisch zu stoppen. Zu rechnen ist mit größerer Wahrscheinlichkeit mit drei bis vier Grad Anstieg der Durchschnittstemperatur. Solange der Klimaschutz an unrealistische Bedingungen geknüpft wird und „nur marktwirtschaftlich“, dann „sozial ausgewogen“ und „ohne Wohlstandsverlust“ zu haben sein soll, bedarf es der Kompromissfindung. Zumindest die in der Regierung Verantwortlichen haben nicht begriffen (oder sie verdrängen es), dass mit dem Klima nicht zu feilschen ist und dass Zerstörungen wie im Krieg auf uns zukommen.

Was die Klimakiller angeht, könnte bereits eine CO₂-Steuer eingeführt sein. Sie folgt dem Verursacherprinzip. Wer das klimaschädliche Gas freisetzt zahlt. Vorausgesetzt, dass Ärmere sich weniger leisten können und die CO₂-Bilanz geringer beeinflussen, und dass gut Betuchte durch hohen Ressourcenverbrauch überproportional CO₂ erzeugen, ist die Steuer bereits weitgehend sozial. Wer viel Auto bzw. Spritfresser fährt, erzeugt viel CO₂ und zahlt entsprechend

höhere Steuern. Sollen ärmere Landbewohner mit weiten Anfahrten in die Stadt einen Steuernachlass erhalten? Ich denke nein. Wer auf dem Land wohnt, vermisst zwar die Vorzüge, die die Stadt vorhält, genießt aber die Vorzüge, die das grüne Land bietet. Man müsste sonst auch die ärmeren Stdter entlasten, die an den Hauptstraßen wohnen, Abgase, Feinstaub und Lärm der Pendler ertragen und zu Einkauf und Erholung aufs Land fahren.

Thomas Wenzel schreibt: „Moderne Ölheizungen können in Kombination mit erneuerbaren Energien viel CO₂ einsparen.“ Das gilt aber nur im Vergleich mit alten Ölheizungen. Überdies ist für den, der die Wahl hat, Verbrennen von Öl keine Option. Auch Wärmepumpen in sinnvoller Verbindung mit „vor allem Holz“ erschweren die Dekarbonisierung als Klimaziel.

Das Zwei-Grad-Ziel ist nur erreichbar mit sofortigem Stopp der CO₂-Emissionen. Die meisten CO₂-Emittenten können nicht auf saubere erneuerbare Energie umsteigen. Diese ist nicht ausreichend verfügbar und wird im Ausbau regierungsseitig gebremst und verteuert. Das Verantwortungsbewusstsein für menschengemachte Klimaschäden ist so gering, dass Kinder für ihre Zukunft auf die Straße gehen müssen.

Volker Knuth, Hamburg

Diskussion: frblog.de/klimarat